

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Indien steht zur Rabbani-Regierung

Indiens Außenminister Inder Kumar Gujral hat am 4. Dezember die Regierung von Präsident Burhanuddin Rabbani als "legitime" Regierung Afghanistans bezeichnet. Zugleich forderte er die Entmilitarisierung Kabuls, um die Voraussetzungen für einen Frieden in Afghanistan zu schaffen. Er erklärte, es gebe keine militärische Lösung des Konflikts, deshalb sollten "andere Staaten" ihre Einmischung sowie ihre Waffenlieferungen beenden. Gujral verurteilte auch die Menschenrechtsverletzungen durch die Taleban.

Hekmatyar jetzt Taleban-Gegner

Auch der Chef der 'Islamischen Partei' und bisherige Ministerpräsident, Gulbuddin Hekmatyar, ist jetzt der Anti-Taleban-Koalition beigetreten. Das berichtete die Moskauer Tageszeitung 'Iswestija'. Nachdem die Taleban Kabul einnahmen, hatte er sich mit seinen bewaffneten Kräften in die von ihm kontrollierten Gebiete - wahrscheinlich in der Provinz Kunduz - zurückgezogen. Noch wenige Tage zuvor hatte Hekmatyar gesagt, entsprechende Berichte seien voreilig.

Iran: UN-Vermittler Holl ist "parteiisch"

Laut der Teheraner Zeitung 'Iran News' hat eine "hochgestellte Quelle" in der Regierung von Präsident Hachemi Rafsandschani dem deutschen UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Norbert Holl, vorgeworfen, er unterstütze die Taliban-Milizen. Außerdem sei er ein Agent des US-Geheimdienstes CIA. "Es ist beschämend und skandalös, daß der Sonderbeauftragte einer Weltorganisation Zwietracht und Feindseligkeit beim afghanischen Volk verursacht, statt sich dem noblen Auftrag des Friedens zu widmen", hieß es in dem Zeitungsartikel. Holl sei verantwortlich "für die meisten Katastrophen, denen sich die bedrängten Afghanen seit Juli ausgesetzt sehen."

Ausnahmsweise Frauenarbeit genehmigt

Im November berichtet ein Reuter-Korrespondent aus Kabul, daß in einer Textilfabrik im Zentrum der Stadt wieder

250 Frauen arbeiten dürften und dort Teppiche, Tücher und Turbane webten. "Als die Taleban kamen, mußten wir für zwei Tage schließen", zitiert er den Aufseher Solih Mohammed. Dann habe eine Frau als Unterschriften die Daumenabdrücke aller Kolleginnen gesammelt und sie den Taleban vorgelegt. "Und dann sagte ich, daß wir ohnehin weiterarbeiten würden, auch ohne Erlaubnis", erzählt sie: "Nach zwei, drei Besuchen gaben sie uns die Genehmigung."

Toleranz Fehlanzeige

Wegen Nichteinhaltung der islamischen Kleidungsgebote haben die Taleban nach eigenen Angaben erneut 225 Frauen "bestraft". Am 5. Dezember forderten sie über 'Radio Scharia' (der neue Name von Radio Kabul) die Afghaninnen erneut auf, den vorgeschriebenen Schleier zu tragen. Auch Männer seien "bestraft" worden, weil sie sich entgegen der Vorschriften glatt-rasiert hätten. Zuvor hatte Taleban-Chef Mullah Mohammad Omar Akhund seine Anhänger aufgerufen hatte, sich der Bevölkerung gegenüber "toleranter" zu verhalten, "Barmherzigkeit" zu zeigen und besonders sich den Frauen gegenüber milder zu verhalten.

Pakistan gewährt Freien Stämmen Wahlrecht

Pakistans Staatspräsident Farooq Leghari teilte Mitte Dezember mit, daß die Übergangsregierung unter Premier Meradsch Khaled den etwa zwei Millionen Angehörigen der sogenannten "freien (paschtunischen) Stämme" im sogenannten Tribal Belt der Nord West Frontier Province (NWFP) für die bevorstehenden Wahlen das Stimmrecht gewährt habe. Bisher hatten diese Stämme über Stammesversammlungen (Dschirga) ihre Vertreter für das Parlament indirekt bestimmt. Die Tribal Areas werden von der Regierung in Islamabad nicht verwaltet; diese ist lediglich für die Sicherung der Grenze und der Transitwege nach Afghanistan verantwortlich. Diese Gebiete sind - wie die gesamte NWFP - Ende des 19. Jahrhunderts von den Briten von Afghanistan abgetrennt worden, das dies nie anerkannt hatte. Die Gewährung des direkten Stimmrechts ist eine Verletzung der bisher eingehaltenen Regelung.

Öffentliche Hinrichtung

Vor 3000 Menschen haben die Taleban am 18. Dezember die erste öffentliche Hinrichtung in Kabul vollzogen. Übereinstimmenden Berichten des 'Guardian' und der 'International Herald Tribune' zufolge war ein Mann namens Ghulam Mohammed wegen Mordes an einer Frau und drei Kindern zum Tode verurteilt und auf einem Fußballfeld exekutiert worden. Er wurde entsprechend des badal-(Vergeltungs-)Prinzips der Scharia vom Ehemann und Vater der Ermordeten erschossen.

Erstmals zivile Opfer der Bombardierungen

Erstmals wurden am 28. Dezember seit der Eroberung Kabuls durch die Taleban Zivilisten Opfer von Bombenangriffen der Anti-Taleban-Koalition. Mindestens ein Mensch kam in einem Wohngebiet in der Nähe des Präsidentenpalastes ums Leben. Die Angriffe waren Vergeltungsschläge für eine neue Taleban-Offensive nördlich von Kabul. Am 5. Januar kamen in Kabul mindestens sieben Menschen bei einer Bombenexplosion an einer Bushaltestelle nahe einem Markt und einem Luftangriff auf den Stadtteil Wazir Akbar Khan ums Leben, 70 wurden zum Teil schwer verletzt. Auch die seit 1989 geschlossene US-Botschaft und das Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden beschädigt.

Außer Beten nichts zu tun

Am 2. Januar haben die Taleban ihre Drohung wiederholt, alle Afghanen zu bestrafen, die nicht fünfmal täglich am Gebet teilnehmen würden. Ladenbesitzer werden angehalten, bei ihren Geschäften Platz für Kunden zu schaffen, die ihr Gebet verrichten wollen. Zuvor hatten die Taleban nach Frauenarbeit und Musikinstrumenten auch folgende Freizeitbeschäftigungen verboten: Ballspiele, Kinderspiele wie Murmeln und Drachensteigen, das Halten von Singvögeln.

Afghanen viertgrößte Asylbewerbergruppe in Deutschland

Asylsuchende aus Afghanistan waren laut Bundesinnenministerium 1996 die viertgrößte Gruppe in der Bundesrepu-

blik, hinter Staatsangehörigen aus der Türkei, Jugoslawien und Irak. Insgesamt wollten 1996 neun Prozent weniger Menschen Asyl in Deutschland als im Jahr zuvor. Ihre Zahl sank auf den niedrigsten Stand seit der Asyl"rechts"-reform 1993. Die niedrige Anerkennungsquote von nur 7,4 Prozent zeige laut Bundesinnenminister Kanther das Ausmaß illegaler Einwanderung unter "mißbräuchlicher Berufung auf das Asylrecht". Der Minister kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Abschiebungen unter dem Wert von 1995 blieb.

Rußland will britische Hilfe gegen Taliban

Die Regierung in Moskau hat dem Londoner 'Independent' vom 10. Januar zufolge die britische Regierung um militärische Hilfe für die Anti-Taliban-Allianz gebeten. Rußland sei besorgt über die jüngsten Geländegewinne der Taliban. Das Londoner Außenministerium habe jedoch erklärt, man fühle sich an das - inoffiziell geltende - Waffenembargo gegen alle afghanischen Konfliktparteien gebunden. Man wolle sich hin-

gegen bemühen, die britischen Hilfsprojekte auch in den Taliban-Gebieten weiterzuführen.

Taliban erobern Kohdaman-Ebene

Die Taliban schlossen am 24. Januar mit der Einnahme der Städte Tscharikar, Dschabal us-Seradsch und Ghorband die Rückeroberung der gesamten Kohdaman-Ebene nördlich von Kabul ab. Sie sollen kaum auf Widerstand gestoßen sein und hätten viele Gefangene gemacht. Dieses Gebiet kontrollierten sie bereits einmal kurz nach dem Fall Kabuls im September 1996, waren dann aber von der Allianz ihrer Gegner wieder zurückgeworfen worden. Damit stehen sie nur noch etwa jeweils 15 Kilometer südlich des Pandschir-Tales und des Salang-Tunnels, des einzigen Zuganges zum Gebiet General Dostums in Nord-Afghanistan. Der Tunnel wird von Dostum-Einheiten kontrolliert.

UNO: Internationale Gemeinschaft verantwortlich für Afghanistan

Eine gemeinsame Hilfsstrategie für Afghanistan wollten 250 Vertreter von

Geberländern, UN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen auf einer UN-Konferenz erarbeiten, die am 21./22. Januar in der turkmenischen Hauptstadt Aschqabat stattfand. Aber dafür fehlt ihnen das Geld. Von den 133 Millionen Dollar Hilfgeldern für 1997, um die er die Geberländer im Dezember gebeten habe, sei bislang nur ein Prozent eingegangen, sagte der bei der UN für humanitäre Angelegenheiten zuständige Japaner Yasushi Akashi zum Konferenzbeginn. "Die Afghanen müssen untereinander Frieden schließen", aber "die internationale Gemeinschaft muß sie dabei unterstützen", sagte er. Hilfsprogramme dürfen nicht erst einsetzen, wenn es einen offiziellen Friedensplan gibt. Laut dem niederländischen Entwicklungshilfeminister Jan Pronk sei es höchste Zeit, daß die Völkergemeinschaft ihre Anstrengungen für eine Friedenslösung verstärke. Gleichzeitig aber warnte er davor, die "falschen Leute" zu unterstützen oder falsche Signale zu geben und damit den Konflikt zu verstärken. Mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von rund sechs Dollar zählt das Land zu den ärmsten Ländern der Welt.

Ex-Parteichef Babrak Karmal verstarb in Moskau

Er kam mit den Panzern. Als zu Weihnachten 1979 sowjetische Truppen Afghanistan besetzten, machten sie ihn, Babrak Karmal, zum "Generalsekretär des Zentralkomitees der Demokratischen Partei des Volkes Afghanistans (DPVA), Vorsitzenden des Revolutionsrates und Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan". Auf der Frequenz von Radio Kabul, allerdings noch aus dem sicheren Tadschikistan, verkündete er: "Endlich, nach grausamen Qualen ist der Tag der Freiheit und der Wiedergeburt aller brüderlichen Völker Afghanistans angebrochen."

Die Angesprochenen sahen das in ihrer Mehrheit anders und verstärkten den bewaffneten Kampf gegen Karmals Regime und seine sowjetischen Verbündeten. Er verkündete die "Einheit aller nationalen und demokratischen Kräfte" zur Abwehr der vom Westen unterstützten Mudshahedin. Aber seine Basis wurde stattdessen schmaler, auch immer mehr Linke wanderten hinter Gitter. Sechs Jahre lang bemühte sich Karmal vergebens, den Makel wieder loszuwerden, eine Marionette der Sowjets zu sein. Im Zuge der sowjetischen Perestrojka mußte er 1986 schließlich Geheimdienstchef Nadshibullah und dessen "Politik der nationalen Aussöhnung" weichen, zuerst als Partei-, dann auch als Staatschef.

Erst nach seiner Absetzung entwickelte er eine Art eigenständiger Politik: Er schwenkte auf eine antisowjetische Linie um und machte die UdSSR allein für den Einmarsch und alle folgenden Ereignisse verantwortlich. Gorbatschow betrachtete er als "Verräter der Aprilrevolution". Nachdem Karmal bei öffentlichen Auftritten von Anhängern immer noch bejubelt wurde, stellte ihn Nadshibullah in Kabul unter faktischen Hausarrest. Später zog Karmal nach Moskau.

Dabei hatte Karmals linke Politikerkarriere durchaus hoffnungsvoll begonnen. 1950 begründete der Jura-Student an der Universität Kabul die erste unabhängige Studentenunion des Landes mit, die nach nur wenigen Monaten verboten wurde. Nach einer aufrührerischen Rede wurde er 1953 zum ersten Mal verhaftet, aber aufgrund der Intervention seines Vaters - eines hohen Generals - 1956 schneller als die meisten seiner Mitinhaftierten wieder freigelassen. Seit 1965 führte er eine der beiden Hauptfraktionen der DPVA, Partscham (Banner). An der Spitze tausender Demonstranten zog der inzwischen im Planungsministerium Beschäftigte regelmäßig zum 1. Mai mit schwarzer Lederjacke und Ledermütze à la Thälmann durch die Straßen Kabuls. Damals nahm er seinen Nachnamen Karmal an: das heißt "Freund der Arbeit". Er war so populär, daß er in Kabul zweimal hintereinander - 1965 und 1969 - ins Unterhaus des afghanischen Parlaments gewählt wurde - als Unabhängiger, denn Parteien waren offiziell nicht zugelassen. In der Wulusi Dshirga saß er an der Seite seiner Lebensgefährtin, der späteren Bildungsministerin Anahita Ratebzad - die Ehe mit seiner Frau Mahbuba bestand nur noch offiziell weiter.

Im Zuge der sogenannten Aprilrevolution kam die DPVA mit ihren erst kurz zuvor wiedervereinigten Fraktionen Partscham und Khalq an die Macht. Babrak Karmal wurde stellvertretender Vorsitzender des Revolutionsrates und 2. Vizeministerpräsident. Doch schon im Sommer des gleichen Jahres, als die Khalqi die Partschami langsam entmachteten, war das vorbei. Babrak Karmal wurde als Botschafter in die CSSR abgeschoben, von wo ihn die sowjetische Führung für ihren Einmarsch im Dezember 1979 holte.

Am 1. Dezember erlag Babrak Karmal im Alter von 67 Jahren im Moskauer Zentralkrankenhaus dem Leberkrebs. Seinen Rivalen und Nachfolger Nadshib, den die Taliban Ende September 1996 aufhängten, überlebte er nur um Wochen.

Thomas Ruttig